



## ZEICHENERKLÄRUNG

## BEBAUUNGSPLAN (SATZUNG)

## GEMEINDE

## OMMERSHEIM

## BAULEITPLAN / BEBAUUNGSPLAN FÜR DAS GELÄNDE: 'AM POSSRECH'

MASSTAB 1:1000

ST.JNGBERT, DEN 6.4.1970

DER LANDRAT / PLANUNGSSTELLE

IM AUFTRAGE:

*Heilmann*

Die gemäß § 2 Abs. 6 BBauG erforderliche öffentliche Auslegung des Planentwurfes erfolgte in der Zeit vom 5. Mai 1971 bis einschl. 5. Juni 1971. Die Offenlegung des Planentwurfes wurde ab 20. April 71 ortsüblich bekanntgemacht.

Ommersheim, den 6. Juni 1971 Der Bürgermeister



Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 9. Juni 1971 den Plan gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen Ommersheim, den 15.6.1971 Der Bürgermeister



Genehmigt gemäß § 11 BBauG SAARLAND

Der Minister des Innern

Oberste Landesbaubehörde - SAARLAND

Der Minister des Innern

Az. - Oberste Landesbaubehörde - Saarbrücken, den 30. Juli 1971

IA-6-3936/71 pm 1/10

J.A.

*Benard*

(Bemerkung) Oberregierungsabteilung

Die öffentliche Auslegung des Planes gemäß § 12 BBauG erfolgte in der Zeit vom 13. Aug. 1971 bis 27. Aug. 1971. Die Genehmigung und die Schlussabklärung sind am 6. Aug. 1971 ortsüblich bekanntgemacht worden. Damit ist der Plan rechtsverbindlich.

Ommersheim, den 13. August 1971

Der Bürgermeister

*Heilmann*

*Benard*

BESTAND

Bestehende Straßen

Bestehende Gebäude

Grundstücksgrenzen

Höhenschichtlinien

Fernleitung

ART UND MASS  
DER BAULICHEN  
NUTZUNG

Nutzungsart

Geschoßzahl

Grundflächenzahl

Geschoßflächenzahl

WA

I

0,3

0,3

Geltungsbereich

gepl. Verkehrsflächen mit unterirdischer Abwasserleitung

Parkflächen

Baulinie

Baugrenze

gepl. Grundstücksgrenzen

offene Bauweise

Für das Gebiet AM POSSRECH  
in der Gemeinde OMMERSHEIM

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 BBauG vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 12.7.70 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Ommersheim durch den Landrat in St. Jngbert.

FESTSETZUNGEN gemäß § 9 Abs. 1 u. 5 des BBauG.

1. GELTUNGSBEREICH

lt. Zeichnung

2. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

2.1. BAUGEBIET

2.1.1. zulässige Anlagen

WA allgemeines Wohngebiet § 1 Abs. 2.1c in Verbindung mit § 4 BauNVO

Wohngebäude, Läden, Schank- und Speisewirtschaften, nicht störende Handwerksbetriebe, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke. § 4 Abs. 2 BauNVO

2.1.2. ausnahmsweise zul. Anlagen

Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltung sowie sportliche Zwecke, Gartenbaubetriebe, Ställe für Kleintierhaltung. § 4 Abs. 3 BauNVO

3. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

3.1. Zahl der Vollgeschosse

I

3.2. Grundflächenzahl

WA 0,3

3.3. Geschossflächenzahl

WA 0,3, bzw. 0,4

(§ 17 Abs. 1 BauNVO) ergibt sich topographisch bedingt ein 2. Geschoss dann: bergwärts eingeschößig talwärts zweigeschößig

offen

4. BAUWEISE

5. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

lt. Zeichnung

6. STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN

lt. Zeichnung; Garagen können innerhalb des Bauwuchs, jedoch mindestens 6,0 m hinter der Straßenbegrenzungslinie errichtet werden.

7. MINDESTGRÖSSE DER BAUGRUNDSTÜCKE

400 qm

8. VERKEHRSFLÄCHE

lt. Zeichnung